

„Zwischen Gewissen und Gewinn“: Die „Freiburger Denkschrift“ und ihre christliche Begründung einer „Sozialwirtschaftsethik

Stephan Holthaus

Zusammenfassung

Das Verhältnis von Religion und Ökonomie wurde in den vergangenen Jahren in mehreren Studien untersucht (z.B. von Iannacone, Oslington und Lachmann). Dabei bezeichnen viele Autoren die christliche Theologie als eine Art weltanschauliche Grundlage des Ordoliberalismus und der späteren Sozialen Marktwirtschaft. Der Beitrag untersucht anhand der „Freiburger Denkschrift“ der Bekennenden Kirche, einem Vorläuferdokument der Sozialen Marktwirtschaft aus den Jahren 1942/43, den tatsächlichen Einfluss theologischer Prinzipien auf die neue Wirtschaftsordnung, die einen bewussten Mittelweg gehen wollte zwischen liberaler Markt- und staatlich vorgegebener Planwirtschaft. Anhand der Biographien der Autoren und den wirtschaftspolitischen Inhalten der Denkschrift wird deutlich, wie eng weltanschauliche Paradigmen die Genese der Sozialen Marktwirtschaft beeinflusst haben.

Schlüsselwörter

Religion, Soziale Marktwirtschaft, Freiburger Denkschrift, Ordoliberalismus, Walter Eucken

Abstract

The relationship between religion and economics has been the subject of much study in recent years (e.g. Iannacone, Oslington, Lachmann). Many authors have come to the conclusion that Christian theology serves as the foundational worldview for Ordoliberalism and the social market economy that developed out of it. This article takes as its starting point the “Freiburger Denkschrift”, a 1942/43 manifesto of the “Confessing Church”, that anticipated the social market economy, in order to determine the actual influence of theological principles on this new theory that purported to offer a middle road between liberal market economies and centrally planned economies. Both, the politico-economic stance of the Denkschrift and the biographies of its authors, make clear just how important the influence of their worldview actually was for the development of social market economy.

Keywords

Religion, Social market economy/economics, Freiburger Denkschrift, Ordoliberalism, Walter Eucken

1. Einleitung

In den letzten Jahren ist die Verhältnisbestimmung von Religion und Ökonomie vermehrt in den Fokus der Forschung gerückt. Sowohl die Religions-, wie auch die Wirtschafts- und Kulturwissenschaften haben den Einfluss „nichtmarktbasierter Verhaltensweisen“ und des „religiösen Humankapitals“ auf Wirtschaftsprozesse untersucht (Iannaccone 1990; 1998; Hofstede 2001; Hagemann 2007; Oslington 2003; Lachmann 2013; Held 2007). Auch die neuere Institutionenökonomik bestätigte eine solche Interdependenz. Religion wird dabei als eine Art strukturbildende, informelle Regel beschrieben, mit konkreten Auswirkungen auf Marktprozesse (Richter und Furubotn 1999, S. 22; Maurer und Schmid 2002). Exemplarisch spricht Fukuyama von „social capital“, mit positiven wie negativen Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung (Fukuyama 2000, S. 3-5). Das alte Diktum Max Webers, die protestantische Ethik sei Auslöser für den modernen Kapitalismus gewesen, gilt zwar längst als widerlegt (Delacroix und Nielsen 2001).¹ Seine Überzeugung von den nicht zu unterschätzenden Auswirkungen religiöser Frömmigkeit auf Wirtschaftsprozesse blieb aber relevant und wird durch aktuelle interdisziplinäre Forschungsergebnisse der Religionsökonomie bestätigt.

Als ein klassisches Beispiel für den Einfluss religiöser Überzeugungen auf die Entstehung einer ganzen Wirtschaftsordnung gilt bisher die Soziale Marktwirtschaft. Eckart Müller bezeichnet sie – wie viele andere – als Produkt einer dahinterstehenden „evangelischen Wirtschaftsethik“ (Müller 1997, S. 354). Werner Lachmann präzisiert, dass schon die ordoliberalen Schule als Vorläufer der Sozialen Marktwirtschaft eindeutig „vom christlichen Menschenbild“ geprägt gewesen sei (Lachmann 2009, S. 4). Philip Manow ergänzt: „Die Mehrzahl der Ordoliberalen waren religiös tief geprägte protestantische Christen mit enger biografischer Verbindung zur Kirche. Die Bedeutung des Glaubens ist deutlich an ihren Veröffentlichungen abzulesen, die immer wieder um das Verhältnis von Religion und Wirtschaft kreisen“ (Manow 2010, S. 8). Selbst Peter Ulrich hebt die christlichen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft hervor, auch wenn er die fehlende Integration in ein demokratisches Politikverständnis und die „Rückwärts-gewandtheit des Gesellschaftsleitbildes“ der damaligen Begründer kritisiert (Ulrich 2009, S. 363; S. 349-380). Traugott Jähnichen sieht protestantische Sozialethik und Soziale Marktwirtschaft sogar „enger verbunden, als vielfach dargestellt“ (Jähnichen 1994, S. 314).

Als Beleg für die enge Verbindung von christlicher Ethik und Sozialer Marktwirtschaft wird häufig die „Freiburger Denkschrift“ herangezogen.² Im November 1942 trafen sich in Freiburg im Breisgau mehrere Nationalökonomien, Juristen und Theologen, um auf Initiative Dietrich Bonhoeffers (1906-1945) eine Nachkriegsordnung zu verfassen (Ritter 1979, S. 26-27; Rüter 2002, S. 190-198). Diese konspirative Vorlage,

¹ Die von Weber postulierte wirtschaftliche Prosperität von Ländern mit hoher protestantischer Bevölkerung scheint weniger mit ihrer Arbeitsethik, als vielmehr mit der in der evangelischen Tradition stärker ausgebildeten Tendenz zur Bildung zusammen zu hängen (Becker und Woessmann 2009).

² Zur Entstehungsgeschichte der Freiburger Denkschrift vgl. Blumenberg-Lampe 1973 und Rüter 2002. Weitere Details über die Autoren und Inhalte finden sich in den beiden Sammelbänden Goldschmidt 2005 und Goldschmidt und Wohlgemuth 2008. Der Text wurde von Thielicke 1979 unter dem Titel „In der Stunde Null“ herausgegeben. Über die wirtschaftspolitischen Inhalte der Denkschrift vgl. Holthaus 2015.

verfasst im Auftrag der „Bekennenden Kirche“, sollte als deutscher Beitrag zu einer zukünftigen ökumenischen Weltkirchenkonferenz dienen, die auf Betreiben der englischen Bischöfe George Bell (1883-1958) und William Temple (1881-1944) für die unmittelbare Nachkriegszeit geplant war.

Die Auftragsarbeit erging nicht umsonst an einige Professoren der Universität Freiburg, da sich dort schon längere Zeit regimekritische Kreise gebildet hatten (John et al. 1991; Blumenberg-Lampe 1973, S. 16-17; Holthaus 2015, S. 52-53). So das „Freiburger Konzil“, eine Gruppe von Hochschullehrern, sie sich seit 1938 alle paar Wochen in Privathäusern trafen, um über das Verhältnis des Christen zum Staat nachzudenken. Mitarbeiter dieses „Konzils“ waren auch Mitautoren der späteren „Bonhoeffer-Denkschrift“, wie die Freiburger Schrift auch genannt wird, so der Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) (Cornelißen 2001; Matthies 1993), der Rechtswissenschaftler Erik Wolf (1902-1977) (Hollerbach 1979, 1982; Foljanty 2013, S. 137-153) sowie die Nationalökonom Walter Eucken (1891-1950) (Klinckowstroem 2000), Constantin von Dietze (1891-1973) (Blesgen 2005) und Adolf Lampe (1897-1948) (Schulz 1996). An der Abfassung der Denkschrift waren auch einige „Nicht-Freiburger“ beteiligt: Die Theologen Otto Dibelius (1880-1967) (Stupperich 1989) und Helmut Thielicke (1908-1986) (1984, S. 88-92), der Leiter des bürgerlichen Widerstands Carl Goerdeler (1884-1945) (Ritter 1954; Reich 1997), der Religionspädagoge Friedrich Delekat (1892-1970) (Simojoki 2008) und der Jurist Franz Böhm (1895-1977) (Roser 1998). Die Hauptautoren waren jedoch die Freiburger Hochschullehrer. Die Ergebnisse der Denkschrift wurden bis Februar 1943 von verschiedenen anderen Personen redigiert, u.a. auch von Dietrich Bonhoeffer. Aus Sicherheitsgründen wurde das Dokument bis zum Kriegsende nicht bekannt gemacht und erst danach verbreitet.

Eine Besonderheit der über 100 Seiten langen Denkschrift war eine „Anlage 4“, verfasst von den genannten Freiburger Nationalökonom Eucken, von Dietze und Lampe. Sie enthielt Überlegungen zur Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, konkret die christliche Begründung einer „Sozial-Wirtschaftsethik“ der neuen Wirtschaftsordnung. Die Freiburger forderten darin eine Wirtschaftsordnung, die als „Dritter Weg“ jenseits des Laissez-faire-Kapitalismus und der Planwirtschaft stehen sollte. In einer freien Wettbewerbswirtschaft sollte der Staat durch eine Ordnungspolitik den wirtschaftspolitischen Rahmen vorgeben, um Verwerfungen des Marktes zu verhindern. Außerdem sei er für eine „Sozialpolitik“ verantwortlich, um Härten auszugleichen. Die wirtschaftspolitischen Überlegungen der Freiburger Denkschrift kann man als Vorläufer der später unter Ludwig Erhard (1897-1977) eingeführten Sozialen Marktwirtschaft bezeichnen – zu einer Zeit, als dieser Ansatz sowohl innerhalb der Nationalökonomie wie auch innerhalb der Kirche über keine Mehrheit verfügte und der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ noch gar nicht eingeführt war.³

Eine weitere Besonderheit der „Freiburger Denkschrift“ bestand darin, dass die Autoren ihre Wirtschaftspolitik bewusst auf der Grundlage des christlichen Glaubens entwickeln und begründen wollten. Helmut Thielicke, damals der jüngste Teilnehmer des Redaktionskreises, stellte im Rückblick 1979 für die Autoren fest: „Die Kraft zu seinem Widerstand und das Normengerüst für die Konzeption einer neuen Zukunft empfang

³ Erst Alfred Müller-Armack 1990 (1947), S. 96 verwendete seit 1947 den Begriff.

dieser Kreis aus dem christlichen Glauben“ (Thielicke 1979, S. 5). Auch Philipp von Bismarcks Diktum im Nachwort zur gedruckten Denkschrift betonte, sie sei das „Ergebnis christlicher Wertentscheidungen“ (Bismarck 1979, S. 155) gewesen. Gerhard Ritter, Hauptautor der Denkschrift, sprach von „Grundsätzen einer gesunden, auf christlicher Grundlage ruhenden Außen- und Innenpolitik“ (Ritter 1979, S. 27). Die Autoren hätten ihr „Idealbild deutscher und europäischer Zukunft auf den festen Boden christlichen Offenbarungsglaubens, christlicher Sittlichkeit zu gründen ...“ (Ritter 1979, S. 29). Der Freiburger Historiker Ernst Schulin, der sich intensiv mit der Entstehung des Dokuments beschäftigte, sprach 1980 ebenfalls von „christlich-religiösen Grundlagen“ der Freiburger Gruppe (Schulin 1990, S. 13).

Dieser Beitrag fragt nach der religiösen Sozialisation der Verfasser als Interpretationsrahmen ihrer wirtschaftspolitischen Überlegungen. Zudem wird erstmals anhand ausführlicher Quellenzitate der Frage nachgegangen, worin genau die religiöse Begründung der Anlage 4 der Freiburger Denkschrift bestand. Insbesondere die zweite Frage ist bisher nicht Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gewesen.⁴

2. Die christliche Sozialisation der Autoren der Freiburger Denkschrift

Die christliche Begründung der wirtschaftspolitischen Überzeugungen der Freiburger Denkschrift war zunächst nicht überraschend, handelte es sich doch um eine Auftragsarbeit der Bekennenden Kirche. Von daher würde man eine christliche Begründung geradezu erwarten. Ist Rütther deshalb Recht zu geben, die behauptet, dass die christliche Begründung der Denkschrift nur eine „situationsbedingte Anpassung an die Auftraggeberin“ (Rütther 2002, S. 258) gewesen sei?

Diese These ist nicht zutreffend, da die christliche Begründung der neuen Wirtschaftsordnung von den Autoren schon vor der Abfassung der Denkschrift an mehrere Stellen vertreten wurde. Die Verfasser forderten schon vor 1942/43 ein Wirtschaftssystem, das grundsätzlich von einer „Sittlichkeit“ getragen sein müsse, ohne die keine soziale Wettbewerbswirtschaft funktionieren könne. Das Wertegerüst des christlichen Glaubens wurde von den Autoren quasi als Voraussetzung für das Gelingen einer Wettbewerbswirtschaft verstanden – und das schon vor dem Verfassen der Denkschrift. Dabei spielte der biographische Hintergrund der einzelnen Autoren eine nicht unbedeutende Rolle. Die meisten von ihnen waren tatsächlich überzeugte Christen und in kirchenpolitischen Gremien aktiv.

Gerhard Ritter stammte z.B. aus einem evangelischen Pfarrhaus, hielt sich ab 1934 zur Bekennenden Kirche und war Mitglied im Bruderrat der Bekennenden Kirche in Baden. Er nahm an den Bekenntnissynoden in Barmen (1934), Dahlem (1934) und Bad Oeynhausen (1936) teil (Cornelißen 2001, S. 344-351). Aktiv war er auch in der örtlichen „Christuskirche“ in Freiburg, der auch von Dietze, Lampe und Eucken angehörten (Ebd., S. 341-352). Unter seinen literarischen Werken nahm insbesondere seine Lutherbiographie eine herausragende Bedeutung ein. Matthiesen spricht von Ritters Versuch,

⁴ Vgl. ausführlicher in Holthaus (2015). Die bisherige Forschung hat sich zwar mit der Entstehung des Textes, aber kaum mit deren Inhalten auseinandergesetzt.

sich dadurch „den weithin sichtbaren Orientierungspunkt und unzerstörbaren Maßstab für das eigene künftige Wirken zu sichern“ (Matthiesen 1993, S. 378). Schwabe spricht sogar von einer „Bekennnisschrift“ (Schwabe 1984, S. 8). Für die Deutung der Denkschrift war diese Hinwendung Ritters zu Luther von entscheidender Bedeutung.

Ähnliches gilt für Constantin von Dietze, auf den die Hauptteile des Anhangs 4 zurückgehen. Er, der angesehene Agrarökonom, war von 1934 bis 1936 Vorsitzender des „Vereins für Socialpolitik“ (Janssen 2012, S. 203). In seinem Haus in Freiburg fand die entscheidende Redaktionssitzung der Denkschrift im November 1942 statt (Ritter 1979, S. 28). Von Dietze war ebenfalls früh mit der Bekennenden Kirche in Verbindung getreten. Bei der dritten Bekenntnissynode in Dahlem 1934 arbeitete er am wirtschaftspolitischen Teil der dortigen „Thesen“ mit (Dietze 1947, S. 22-23). Für die spätere Freiburger Denkschrift waren auch seine ökumenischen Kontakte von Bedeutung. Er war als einer der deutschen Delegierten für die Oxforder Weltkirchenkonferenz 1937 vorgesehen (Dietrich 1988, S. 69; Boyens 1969, S. 150).⁵ Im Vorfeld wirkte von Dietze an dem wirtschaftspolitischen Teil der deutschen Vorbereitungsschrift für Oxford mit (Dietze 1947; Brakelmann und Jähnichen 1994, S. 306; Böhm 1948).⁶ Über die Verhältnisbestimmung von Theologie und Nationalökonomie hatte er sich frühzeitig Gedanken gemacht. In seinem 1936, sieben Jahre vor der Denkschrift verfassten Lehrbuch „Volkswirtschaftspolitik“, veröffentlichte er dazu sogar ein eigenes Kapitel (Dietze 1936, S. 127-134). Oberstes Ziel allen wirtschaftspolitischen Handelns könne – laut von Dietze – nie die rein ökonomische Zweckmäßigkeit sein, sondern die Zielsetzungen des christlichen Glaubens (Ebd., S. 127f.). Seine enge Verbindung zur evangelischen Kirche zeigte sich nach dem Krieg darin, dass er von 1955 bis 1961 sogar Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland war (Blesgen 2005, S. 76-77).

Der bekannteste Mitautor des wirtschaftspolitischen Teils der Denkschrift war Walter Eucken, der Gründer der „Freiburger Schule des Ordoliberalismus“. Euckens Verbindung zum christlichen Glauben war weniger intensiv, als die seiner Mitautoren (Holthaus 2015, S. 107-112). Als Sohn des Philosophen Rudolf Eucken (1846-1926) hatte er ein eher freigeistiges Christentum kennengelernt (Nutzinger und Müller 1997, S. 34). Seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus bescherte aber auch ihm frühzeitig Kontakte zur Bekennenden Kirche (Goldschmidt 2005, S. 305). Bei deren Veranstaltungen wurde Eucken gerne als Ratgeber mit hinzugezogen. Er lernte dadurch auch den führenden Repräsentanten der Bekennenden Kirche, Martin Niemöller (1892-1984), kennen und schätzen (Nutzinger und Müller 1997, S. 34). Vor Ort in Freiburg war er wie von Dietze und Lampe Mitglied in der evangelischen Christuskirchengemeinde, die sich ebenfalls zur Bekennenden Kirche hielt.

Auch für Adolf Lampe, dem dritten Autor der Anlage 4 der Freiburger Denkschrift, war der christliche Glaube Grundlage seiner ökonomischen Überlegungen. Hierfür konnten Belege nach Kriegsende gefunden werden. Lampe hielt z.B. 1948 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Echzell unter der Überschrift „Gefallene Wirtschaft“ einen Vortrag, der einen Einblick in die Verhältnisbestimmung von Glauben

⁵ Den deutschen Vertretern wurde allerdings die Ausreise nach England verweigert.

⁶ Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse von Oxford, die sich zwischen Kapitalismus und Sozialismus bewegten, wurden auch auf Deutsch herausgegeben (Kirche und Welt in ökumenischer Sicht 1938, S. 158-199). Vgl. dazu auch Hüffmeier (1947).

und Ökonomie gab (Lampe 1949). Er kritisierte darin die starke Wirtschaftslenkung der Siegermächte, warnte aber auch vor einer völligen Liberalisierung des Handels. Vielmehr erinnerte er an die geistigen Grundlagen der liberalen Wirtschaftspolitik bei Adam Smith (1723-1790), der keineswegs einen platten Egoismus fördern wollte (Lampe 1949, S. 11), sondern seine marktwirtschaftlichen Überlegungen in der Ethik eingebettet sah. Um die aktuellen Probleme zu lösen, müsse es eine „Rückkehr der Wirtschaft zu Gott“ geben, eine freie Marktwirtschaft, die allerdings geregelt werden müsse, da sie „in den Sündenfall der Menschheit einbezogen ist“ (Ebd., S. 24).

Ähnliche Gedanken findet man bei Franz Böhm, einem weiteren Mitautor der Denkschrift. Er war eng mit Eucken verbunden und ebenfalls Mitbegründer der „Freiburger Schule“. Böhm war ein überzeugter Christ, geprägt vom Luthertum und vom klassischen Humanismus (Roser 1998, S. 207). Ausdruck seines kirchlichen Engagements war später seine Mitarbeit in der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Außerdem arbeitete er wie alle Autoren der Denkschrift nach dem Krieg am Aufbau der Evangelischen Akademien mit, so konkret beim Aufbau der Evangelischen Akademie Echzell (Ebd., S. 192-201). Böhm hatte sich frühzeitig für die Wettbewerbswirtschaft, für Konkurrenz und Leistung als Grundlagen der Marktwirtschaft und vor allem gegen Monopole ausgesprochen (Böhm 1934, S. 185). 1937 veröffentlichte er nicht umsonst den ersten Band der Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“, nach Hollerbach das „Grund-Buch der sog. Freiburger Schule“ (Hollerbach 1989, S. 286).

So lässt sich feststellen: Die christlichen Begründungszusammenhänge der Freiburger Denkschrift waren nicht nur dem Auftraggeber, der Bekennenden Kirche, geschuldet, sondern entsprangen den eigenen Überzeugungen der Autoren, die durch ihre christliche Sozialisation und ihre eigenen Standpunkte eine Verbindung von Glaube und Ökonomie als Grundlage einer wie auch immer gearteten neuen Wirtschaftsordnung proklamierten. Das gemeinsame Band, das die Autorengruppe zusammenhielt, war „ihr kompromissloses Bekenntnis zum christlichen Glauben“ (Roser 2001, S. 219).

3. Die christliche Begründung der Wirtschaftsordnung der Freiburger Denkschrift

Ziel der Anlage 4 der Freiburger Denkschrift war nicht nur, eine mögliche Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit zu beschreiben, sondern sie zusätzlich „christlich zu begründen“ (In der Stunde Null 1979, S. 128). Dabei setzte man sich sowohl von einer ungezügelter Wirtschaftspolitik, wie von einer staatlichen gelenkten Planwirtschaft, ab. Bewusst wollte man einen „Dritten Weg“ beschreiten.

Die Grundprinzipien der neuen Wirtschaftsordnung formulierte man im Gegensatz zu gesellschaftlichen Missständen der Zeit. In „Säkularisierung“ und „Vermassung“ erkannte man die eigentlichen Grundübel, die auch für die Fehlentwicklungen in der Wirtschaftspolitik verantwortlich seien (Ebd., S. 74). In der Wettbewerbswirtschaft sah man die ökonomische Antwort auf die „Vermassung“ der Wirtschaft, in der Stärkung der Sittlichkeit das Gegenprogramm zur „Säkularisierung“. Die Massengesellschaft führe zur Unterdrückung des Individuums, die in den totalitären Regimen der Gegenwart ihren unrühmlichen Höhepunkt gefunden hätten, so die Freiburger (Holthaus 2015,

S. 175-183). Gerade die Unterdrückung der Freiheit des Unternehmertums in der Planwirtschaft sei Ausdruck einer Entmündigung des Einzelnen.

Die anthropologischen Grundlagen des neuen Wirtschaftskonzeptes spiegelten ein christliches Menschenbild wider. Die Reduzierung des Individuums zum bloßen „*homo oeconomicus*“ im Liberalismus (In der Stunde Null 1979, S. 135), wie zum „*seelenlosen Sklaven*“ (Ebd., S. 51) in der Planwirtschaft, lehnte man aus theologischen Gründen ab (Ebd., S. 143). Ziel sei jetzt die Wiederherstellung des wahren Menschseins. Ihr wollte man durch die Bewahrung der individuellen Personalität des Einzelnen Ausdruck verleihen, konkret ausgedrückt in der freien Entfaltung des Wirtschaftsakteurs, wobei die freie, selbstverantwortliche Persönlichkeit erst im Kontext der Solidargemeinschaft zur völligen Entfaltung kommen könne (Ebd., S. 63). Wahres Personsein zeige sich gerade in der Möglichkeit der Selbstentfaltung und in der Loslösung von der Umklammerung geistiger Abhängigkeit in einer totalitären Welt, auch in der totalitären Welt der aktuellen Wirtschaftssysteme. Dabei verankerten die Freiburger diese Personalität in der Ebenbildlichkeit des Menschen, verorteten sie deshalb theologisch, nicht politisch oder ökonomisch (Ebd., S. 62 f.). Ihr wirtschaftspolitischer Ausdruck sei die freie Marktwirtschaft, die allerdings als „*Freiheit in Verantwortung*“ zu deuten sei (Ebd.; Holthaus 2015, S. 188-190).

Als Gegenpol zu Freiheit und Selbstentfaltung des Menschen tauchte in der Freiburger Denkschrift der Sündenbegriff auf. Der Mensch sei als Ebenbild Gottes zwar mit Würde und Freiheit ausgestattet, er trage in sich aber den Hang, gegen ethische Normen zu verstoßen. Die neue Wirtschaftsordnung habe deshalb nicht nur die Aufgabe, die Entfaltungsmöglichkeit des Menschen zu sichern, sondern auch „*den denkbar stärksten Widerstand gegen die Macht der Sünde*“ zu gewährleisten (In der Stunde Null 1979, S. 129). Gerade weil der Mensch Sünder sei, brauche es die Ordnungsmacht des Staates, um einen Missbrauch der Freiheitsordnung einzugrenzen (Ebd., S. 72, 103). Das Werkzeug zur Eindämmung der Sünde sei eine dezidierte Ordnungspolitik des Staates, der feste Spielregeln setzen müsse, um das Zusammenleben sozial verträglich zu machen (Ebd., S. 194). Damit nahmen die Freiburger bewusst den mittelalterlichen „*Ordo-Begriff*“ auf, der im Sinne einer „*überindividuellen Ordnungsarchitektur*“ (Kirsch 1999, S. 187) durch eine Welt- und Wertordnung das Zusammenleben der Menschen regeln sollte (Goldschmidt 1998, S. 47). Dementsprechend fordert man von der Wirtschaftspolitik des Staates „*Ordnungen*“ im Bereich Arbeitsschutz, Wohnungswesen, bei genossenschaftlichen Vereinigungen, bei der Bekämpfung von Monopolen sowie bei der Sozialpolitik, um „*Machtballungen*“ und Ausbeutung zu verhindern (In der Stunde Null 1979, S. 140-143). Missbrauch wirtschaftlicher Macht, egoistische Ausbeutung des Nächsten, rücksichtsloses Niederkämpfen des Konkurrenten mit unlauteren Mitteln usw. müssten durch staatliche Ordnungspolitik verhindert werden, so die Freiburger Denkschrift (Ebd., S. 91).

Die wichtigste Ordnungsinstanz war nicht die Kirche, sondern der Staat. Im Sinne der lutherischen Zwei-Regimenter-Lehre lehnt man einen „*christlichen Staat*“ kategorisch ab (Ebd., S. 55). Der Staat sei aber „*sittliche Ordnungsmacht*“, „*Gottes Gehilfe*“ und „*Gerichtsvollstrecker für den, der Böses tue*“ (Ebd., S. 55). Er sei „*begrenzte und begrenzende Ordnungsmacht*“ (Holthaus 2015, S. 198), eine Überzeugung, die vor allem von Dietrich Bonhoeffer (1988, S. 353-361) und Helmut Thielicke (1935, S. 177)

vertreten wurde. In der Wirtschaftspolitik habe der Staat allerdings nur zu gestalten, nicht zu lenken. Er habe die Aufgabe, „Regeln“ (In der Stunde Null 1979, S. 138) für die Wirtschaft aufzustellen, keine „Leitung“ (Ebd., S. 137), Begriffe, die auch vorher schon von Walter Eucken verwendet wurden (Eucken 1990, S. 336).

In ihrer religiösen Begründung bezogen sich die Autoren der Freiburger Denkschrift dabei dezidiert auf die Bibel als „Offenbarung Gottes“ (In der Stunde Null 1979, S. 55). Auch die Verfasser des Anhangs 4 wollten sich bewusst nach „Richtschnuren und Verbote“ richten, „die sich nach unserem Glauben aus Gottes Wort für die Wirtschaft und ihre Ordnung“ ergeben (Ebd., S. 128). Daneben müssten allerdings auch „Sachnotwendigkeiten des Wirtschaftens“ berücksichtigt werden (Ebd., S. 128).

Die Dualität der sachlichen Begründung der neuen Wirtschaftsordnung, die auf die biblischen Geboten und auf wirtschaftswissenschaftliche Sachkenntnisse zurückgreift, gibt den Duktus der gesamten Denkschrift wider. Sie berührt die damals virulente Frage nach dem Verhältnis von Natur und Offenbarung, nach Verstand und Heiliger Schrift. Die Autoren vertraten dabei eine vermittelnde Position. Zwar sei die Bibel „Heilige Schrift“ und ihre Gebote richteten sich an alle Menschen, nicht nur an Christen (Ebd., S. 129). Von daher müsse jede Wirtschaftsordnung dem Dekalog entsprechen, der eine „Grenzziehung für alle“ markiere (Ebd., S. 127). Eine Vergötzung irdischer Güter und Mächte oder der Nation sei schon von den 10 Geboten her ausgeschlossen, ebenso die Ausbeutung von Menschen, die Unterdrückung der Familie und die Entheiligung des Sonntags, so die wirtschaftspolitischen Passagen der Denkschrift (Ebd., S. 129).

Andererseits lehnten die Autoren eine simplifizierende 1:1-Übertragung biblischer Texte in die heutige Zeit ab. Man müsse sehr wohl die zeitgeschichtlichen Hintergründe berücksichtigen. Wichtig sei es, die biblischen Richtschnuren und Prinzipien zu beachten, da sie als positive Grundwahrheiten zu allen Zeiten gelten würden. Der Jurist Erik Wolf, auf den der Begriff „Richtschnuren“ zurückging, unterschied dabei zwischen „Rechtsgrundsätzen“ der Bibel, die zeitlos gültig, und „Rechtssätze“, die sehr wohl kontext- und zeitgebunden seien (Wolf 1951, S. 329). Dieser Unterscheidung haben sich auch die Autoren der Anlage 4 angeschlossen. Eine unhistorische Auslegung der Bibel lehnten sie ab.

Für die konkrete Ausgestaltung eines Wirtschaftssystems sei deshalb nicht die Bibel, sondern die „menschliche Vernunft“ zuständig (In der Stunde Null 1979, S. 128). Ihr wird in der evangelischen Denkschrift eine erhebliche Bedeutung beigemessen. Hintergrund waren frühere Debatten in den Freiburger Kreisen um das römisch-katholische Naturrecht und die protestantischen Schöpfungsordnungen (Holthaus 2015, S. 208). Zwar lehnte man sowohl beim Naturrecht wie auch bei den Schöpfungsordnungen eine Übertragung auf aktuelle politische Systeme wie den Nationalsozialismus ab. Andererseits forderte man ein „evangelisches Naturrecht“. In jedem Menschen gäbe es ein „natürliches Rechtsbewußtsein“, das als eine Art „Wegweiserfunktion“ dienen könne (In der Stunde Null 1979, S. 59, 72). In Bezug auf die Wirtschaftsordnungen und die wirtschaftspolitischen Überlegungen lobte man deshalb die „vernünftigen Beiträge“ vieler „Nichtchristen“ (Ebd., S. 128) und forderte Sachverstand in wirtschaftswissenschaftlichen Bezügen, nicht nur die Rekrutierung auf Bibelstellen.

Die ethische Grundlegung der Denkschrift orientierte sich ebenfalls an den biblischen Geboten. Sie wird dabei quasi als Voraussetzung für das Funktionieren eines

wettbewerbliche Wirtschaftssysteme angesehen. Ohne „sittliches Bewusstsein“ als „Grundsatz“ könne kein neuer Staat aufgebaut werden, so die Autoren (Ebd., S. 73). Die Wirtschaft bedürfe ebenso einer „festen sittlichen Grundlage“ (Ebd., S. 131), die aus der Verantwortung des Menschen vor Gott gelebt werden müsse (Holthaus 2015, S. 234-236). Die „Gesinnung“ des Menschen sei dabei entscheidend (In der Stunde Null 1979, S. 130). Die „sittlichen Voraussetzungen“ könnten nicht durch die Wirtschaftsordnung selber geschaffen werden, sondern träten von außen an die Wirtschaftsakteure heran, so die Freiburger (Ebd., S. 142).

Auf der Basis der christlichen Ethik entwickelten die Autoren dann konkrete wirtschaftspolitische Überzeugungen, die den späteren Zielen der „Sozialen Marktwirtschaft“ ähnlich waren. Aus der katholischen Soziallehre übernahm man z.B. das Prinzip der Subsidiarität und wandte es auf die Wirtschaftspolitik an. Der Staat müsse die Selbstinitiative und Selbständigkeit des Einzelnen fördern (Holthaus 2015, S. 246-247). Subsidiarität war für die Freiburger gerade die Antwort auf das Allmachtsgebaren des Staates. Dementsprechend forderte man die Stärkung von „kleinen Einheiten“, lokalen Selbstverwaltungen und genossenschaftlichen Vereinigungen (In der Stunde Null 1979, S. 87 f., 142). Das Subsidiaritätsprinzip wurde schon hier zum „unverrückbarer Grundwert der Sozialen Marktwirtschaft“ (Vogel 2006, S. 217).

Ebenso betonten die Autoren das Leistungsprinzip, gepaart mit dem aristotelischen Gerechtigkeitsdiktum „Jedem das Seine“ (In der Stunde Null 1979, S. 64). Allein dadurch gäbe es überhaupt Anreizstrukturen, die den Einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten eröffneten. Gerechtigkeit müsse sich dementsprechend am „Maß der Leistung für die Gemeinschaft“ orientieren (Ebd., S. 64). Allein Kinder, Alte und „infolge körperlicher Gebrechen überhaupt nicht Leistungsfähige“ seien vom Leistungsprinzip ausgenommen und müssten von der Solidargemeinschaft versorgt werden. „Sie fallen nicht unter das Prinzip der Gerechtigkeit, sondern der Liebe“ (Ebd., S. 64).

Hauptaufgabe des Staates in der Wirtschaftspolitik sei es, „Machtballungen“ zu verhindern und damit die Wirtschaft vor Kartellen zu schützen. Monopolartige Machtstellungen müssten verhindert werden, Massenorganisationen erteile man eine Absage (Ebd., S. 92, 87). „Dislozierung“ hieß die Devise, ebenso die „freie Preisgestaltung“ und Ermöglichung der vollständigen Konkurrenz (Ebd. 1979, S. 87, 139). Allein in sensiblen Bereichen wie „Verkehrsanstalten, vielleicht auch Bergwerke, Gas- und Stromwerke und dergl.“ könne der Staat wirtschaftlich aktiv werden, wenn dort „kein echter Wettbewerb“ zustande käme (Ebd., S. 138).

Der leistungsorientierten Wettbewerbspolitik stellten die Freiburger eine dezidierte Sozialpolitik des Staates gegenüber, das „Prinzip Liebe“ (Ebd., S. 64). Wirtschaftspolitik, auch die eines „geordneten Wettbewerbs“, könne allein nicht ein gedeihliches, gemeinschaftliches Leben des Volkes regeln. Zur Gesamtwirtschaftsordnung gehöre immer auch eine „Sozialordnung“, so die Autoren der Denkschrift (Ebd., S. 132). Sie müsse das Wohlergehen der Nicht-Leistungsfähigen, der Arbeitslosen, der Kranken, Invaliden und Alten im Blick halten (Ebd., S. 142). Zwar habe schon die geordnete Marktwirtschaft eine soziale Komponente, da sie zum Wohl der meisten Menschen beitragen würde (Ebd., S. 132). Aber das allein reiche nicht aus und müsse durch Sozialleistungen ergänzt werden. Sozialpolitik könne dabei aber nie gegen den Markt, sondern immer nur mit und für den Markt betrieben werden, so die Autoren. Die Sozialpolitik habe im Sin-

ne der Solidarität für einen begrenzten „Ausgleich“ zu sorgen, um das Wohl der Gesamtgemeinschaft, der „Societas“ zu fördern (Ebd., S. 132). Motivation und Antrieb für die Sozialleistungen seien dabei die „sittlichen Kräfte“, die aus der Religion heraus gelebt werden sollten (Ebd., S. 140).

Die in der Neuzeit häufig diskutierte Frage nach der Spannung von Egoismus und Altruismus im marktwirtschaftlichen System versuchten die Autoren durch das Prinzip „Gemeinwohl durch Eigennutz“ aufzulösen (Holthaus 2015, S. 256-260). Die Freiburger sahen beide Kräfte im Menschen vereint: Die Sorge für sich selbst und für den Nächsten. In diesem Sinne verband man Nächsten- und Selbstliebe, Gewissen und Gewinn. Erst die Sorge für die eigene Existenz würde den Menschen überhaupt in die Lage versetzen, altruistisch handeln zu können. Eigennutz sei dabei nicht mit Egoismus zu verwechseln. Um beide Pole in Balance zu halten, sei wiederum eine „sittliche Grundlage“ vonnöten, so die Autoren, damit der Eigennutz nicht zu Machtballungen und Marktverwerfungen führe (In der Stunde Null 1979, S. 135). Diese theologische Grundlage für den Ansatz „Gemeinwohl durch Eigennutz“ hat Jahre später Alexander Rüstow neuteamentlich durch den Bezug zum Doppelgebot „Liebe Deinen Nächsten, wie Dich selbst“ (Mt 22,39) begründet (Rüstow 1957, S. 57-58).

Aus ihrer Hochachtung vor der persönlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen standen die Freiburger staatlichen Umverteilungsaktionen eher kritisch gegenüber. Wirtschaftliche Ungleichheiten, so lange sie nicht durch unlauteren Wettbewerb zustande kämen, seien legitim. Jede Form einer Nivellierung von Besitzunterschieden sei dagegen ungerecht und typisch für totalitäre Regime (In der Stunde Null 1979, S. 89). Übermäßige Umverteilung würde zudem die Eigeninitiative ersticken und den Leistungsmissbrauch fördern (Ebd., S. 67 f.).

Das Kernproblem aller Sozialpolitik sahen die Autoren im Aushandeln von „gerechten Löhnen“ (Ebd., S. 90-92). Die Lohnbildung sollte sich dabei an den Erträgen der Wettbewerbsordnung orientieren, da jeder Lohn erst einmal erwirtschaftet werden müsse (Ebd., S. 139). Da eine stark reglementierte allgemeine Lohnpolitik zu einer „rapiden Verminderung von Leistungsanreizen“ führe, forderte man „Beweglichkeit der Löhne“, besonders dann, wenn Arbeitslosigkeit drohe (Ebd., S. 93). Eine einseitige Durchsetzung von Löhnen durch Arbeitgeber oder Gewerkschaften müsse verhindert werden, ebenso Ausbeuterlöhne (Ebd., S. 139). Der Staat habe dabei eine Art „Aufseheramt“, um Lohngerechtigkeit zu gewährleisten (Ebd., S. 139).

Eng verbunden mit diesen Überlegungen über Sozialausgleich und Lohngerechtigkeit standen die Thesen der Freiburger zum persönlichen Eigentum. Die rechtliche Sicherung des Privateigentums wurde betont, abgeleitet aus der christlichen Ethik (Ebd., S. 129). Der Mensch habe eine „selbstverantwortliche Verfügungsbefugnis“ über seine wirtschaftlichen Güter, nicht der Staat (Ebd., S. 129). Um die Wirtschaft und die Prosperität eines Landes zu gewährleisten, seien auch hier „Ballungen“ von Eigentum zu vermeiden und eine „möglichst breite Eigentumsverteilung“ zu ermöglichen (Ebd., S. 93). Vor allem sei Eigentum auch Verpflichtung, eine „soziale Hypothek“, die für die Gemeinschaft eingesetzt werden solle (Ebd., S. 94). Eucken selber sprach in anderen Zusammenhängen von einem „wettbewerbskonformen“ Charakter des Privateigentums, quasi einem „gezügelter Privateigentum“, um soziale Missstände zu vermeiden (Eucken

1990, S. 274 f.). Lachmann spricht analog von einem Eigentum, das „sozial gebündigt“ werden müsse (Lachmann 2006, S. 69).

Obwohl die Anlage 4 der Freiburger Denkschrift nur 18 Seiten umfasst, enthält sie viele Grundlagen der späteren Sozialen Marktwirtschaft, wie sie seit 1948 in Westdeutschland mit der Währungsreform eingeführt wurde. Freiheit des Marktes, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung, Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen, Sicherung der Leistungsgerechtigkeit, des sozialen Ausgleichs und der sozialen Sicherungssysteme durch eine staatliche Rahmenordnung – alle diese für die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards selbstverständlichen Rahmenbedingungen wurden in der Freiburger Denkschrift 1942/43 vorausgedacht.

4. Zusammenfassung

Die Ideen der Freiburger Denkschrift wurden nach dem Krieg in wirtschaftswissenschaftlichen wie auch in kirchlichen Gremien aufgenommen und weiter ausformuliert (Holthaus 2015, S. 145-173). Die Verfasser haben versucht, ihre Ideen auch auf der politischen Bühne zur Geltung zu bringen, nicht immer mit Erfolg (Ebd., S. 148-160). Gerhard Ritter verbreitete die Denkschrift direkt nach dem Krieg (Cornelißen 2001, S. 357 Anm. 81). Eine gekürzte Version, die durch eine „Sozialordnung“ ergänzt wurde, erschien unter der Herausgeberschaft der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft in Freiburg/Br.“ 1947 (abgedruckt bei Dietze 1947, S. 16-28). In den folgenden Jahren wurden an verschiedenen Stellen weitere Auszüge der Denkschrift veröffentlicht (Blumenberg-Lampe 1973, S. 28).⁷ Die Autoren schrieben außerdem mehrere Gutachten für die Militärregierungen, in denen das wirtschaftspolitische Programm der Denkschrift Wiederhall fand (Holthaus 2015, S. 148-149). Sie wirkten auch bei der „Rothenburger Hochschul-Lehrertagung“ und beim „Wissenschaftlichen Beirat“ der „Verwaltung für Wirtschaft des vereinigten Wirtschaftsgebiets“ mit, dem späteren Beirat des „Bundesministeriums für Wirtschaft“ (Ebd., S. 150-152). Ludwig Erhard hat die konstruktive Arbeit dieses Beirats bei der Ausbildung der Sozialen Marktwirtschaft ausdrücklich hervorgehoben (Bundswirtschaftsministerium o.J., S. 5).

Andere Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft wie Wilhelm Röpke (1899-1966) und Alexander Rüstow (1885-1963) haben aber ebenfalls großen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit genommen. Erst die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards und seiner Berater, darunter vor allem Vordenker wie Alfred Müller-Armack (1901-1978), verhalfen dann der „Sozialen Marktwirtschaft“ zum Durchbruch.

Trotzdem gaben schon die Konzepte der „Freiburger Denkschrift“ Impulse für die Ausformulierung der späteren Sozialen Marktwirtschaft, genauso wie die Konzepte des „Freiburger Konzils“ und der dritten Freiburger Gruppe, der „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“⁸. Die Bedeutung der Denkschrift lag nicht nur darin, dass sie eines der wichtigsten und umfangreichsten Dokumente des deutschen Widerstands im Dritten Reich war, sondern vor allem darin, dass sie die wirtschaftspolitischen Überzeugungen

⁷ Eine ausführliche Liste der Teilveröffentlichungen findet sich bei Holthaus (2015), S. 147. Der gesamte Text wurde aber erst 1979 als Buch herausgegeben.

⁸ Zur Arbeitsgemeinschaft vgl. Blumenberg-Lampe (1986).

der Ordoliberalen in einen gesellschaftlichen und ethischen Kontext stellten, der sonstigen wirtschaftswissenschaftlichen Überlegungen fehlte. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Nationalökonomern mit Historikern, Theologen und Juristen führte zu einer Gesamtschau, die die neue Wettbewerbswirtschaft nicht nur isoliert als ökonomisches Konzept vorstellte, sondern in einem weltanschaulichen Gesamtrahmen verortete.

Den Freiburgern war klar: Jede Wirtschaftsordnung fußt – analog zum Böckenförde-Diktum für die politischen Systeme – auf weltanschaulichen Prämissen, die sie selber nicht hervorbringen kann. Die Begründung der Sozialen Marktwirtschaft im christlichen Welt- und Menschenbild war zwar bei den einzelnen Vertretern unterschiedlich stark ausgeprägt, ist aber nicht zu leugnen. Starbatty spricht zu Recht davon, dass „die Architekten der Sozialen Marktwirtschaft sich als bewußte Christen empfanden und sich bei ihren ordnungspolitischen Vorstellungen nicht zuletzt von ihrem Glauben leiten ließen“ (Starbatty 1986, S. 9). Nutzinger formuliert: „Es ist daher nicht von ungefähr, dass gerade die ‚Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft‘ und bedeutende ‚Ordoliberaler‘ wie Alfred Müller-Armack, Franz Böhm, Walter Eucken und Wilhelm Röpke sich als Christen verstanden oder wie Alexander Rüstow sich ernsthaft mit dem Christentum auseinandergesetzt haben. Denn eine Soziale Marktwirtschaft, die eine sinnvolle Balance zwischen dem ‚Menschengerechten‘ und dem ‚Sachgemäßen‘ anstrebt, kann bei aller Unvollkommenheit und allen schwierigen Abwägungen und Kompromissen doch auch als eine wirtschaftliche Ordnung verstanden werden, die vieles von den ethischen Intuitionen des Alten und Neuen Testaments aufnimmt“ (Nutzinger 2007, S. 75).

Literaturverzeichnis

- Becker, Sascha O. und Ludger Woessmann, (2009), Was Weber wrong? A human capital theory of protestant economic history, *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 124, S. 531-596.
- Bismarck, Philipp von (2014), Nachwort, in: In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger ‚Bonhoeffer-Kreises‘: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit, Tübingen, S. 153-156.
- Blesgen, Detlef J. (2005), „Widersteht dem Teufel“ – Ökonomie, Protestantismus und politischer Widerstand bei Constantin von Dietze (1891-1973), in: Nils Goldschmidt (Hg.), *Wirtschaft, Politik und Freiheit: Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen, S. 67-90.
- Blumenberg-Lampe, Christine (1973), *Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise“: Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomern gegen den Nationalsozialismus*, Berlin.
- Blumenberg-Lampe, Christine (1986), *Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft: Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943-1947*, Stuttgart.
- Böhm, Franz (1934), *Recht und Macht*, Die Tatwelt, 10. Jg., S. 115-132, 169-193.
- Böhm, Franz (1937), *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung*, Stuttgart.
- Bonhoeffer, Dietrich (1988), *Ethik*, in: Eberhard Bethge (Hg.), 12. Auflage, München.
- Boyens, Armin (1969), *Kirchenkampf und Ökumene 1933-1939: Darstellung und Dokumentation*, München.
- Brakelmann, Günter und Traugott Jähnichen (Hg.) (1994), *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Quellenband*, Gütersloh.
- Bundeswirtschaftsministerium (o.J.), *Der Wirtschaftswissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets: Gutachten 1948 bis Mai 1950*, Göttingen.

- Cornelißen, Christoph (2001), Gerhard Ritter: Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf.
- Delacroix, Jacques und Francois Nielsen (2001), The beloved myth: Protestantism and the rise of industrial capitalism in nineteenth-century Europe, *Social Forces*, Vol. 80, S. 509-553.
- Dietrich, Hans-Georg (1988), Kirche und Welt – Impulse aus Freiburg zur Weltkirchenkonferenz in Amsterdam 1948, *Freiburger Universitätsblätter*, 102. Jg., S. 69-80.
- Dietze, Constantin (1947), *Nationalökonomie und Theologie. Mit Anhang: Grundsätze einer Wirtschafts- und Sozialordnung in evangelischer Sicht*, Tübingen und Stuttgart.
- Eucken, Walter (1990), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6. Auflage Tübingen.
- Foljanty, Lena (2013), *Recht und Gesetz: Juristische Identität und Autorität in den Naturrechtsdebatten der Nachkriegszeit*, Tübingen.
- Forschungsabteilung des Oekumenischen Rates für Praktisches Christentum (o.J.), *Kirche und Welt in ökumenischer Sicht: Bericht der Weltkirchenkonferenz von Oxford über Kirche, Volk und Staat 1938*, Genf.
- Fukuyama, Francis (2000), *Social Capital and Civil Society*, IMF Working Paper, Vol. 00/74, S. 18.
- Goldschmidt, Nils (1998), *Christlicher Glaube, Wirtschaftstheorie und Praxisbezug: Walter Eucken und die Anlage 4 der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises*, *Historisch-politische Mitteilungen*, 5. Jg., S. 33-48.
- Goldschmidt, Nils (Hg.) (2005), *Wirtschaft, Politik und Freiheit: Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*. Tübingen.
- Goldschmidt, Nils (2005), *Die Rolle Walter Euckens im Widerstand: Freiheit, Ordnung und Wahrhaftigkeit als Handlungsmaximen*, in: Nils Goldschmidt (Hg.), *Wirtschaft, Politik und Freiheit: Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*. Tübingen, S. 289-314.
- Goldschmidt, Nils und Michael Wohlgenuth (Hg.) (2008), *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen.
- Hagemann, Harald (Hg.) (2007), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXI: Ökonomie und Religion*, Berlin.
- Held, Martin (Hg.) (2007), *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomie*, Bd. 6: *Ökonomie und Religion*, Marburg.
- Hofstede, Geert (2001), *Culture's Consequences: Comparing Values, Behaviors, Institutions, and Organizations across Nations*, 2. Auflage Thousand Oaks.
- Hollerbach, Alexander (1979), *In memoriam Erik Wolf*, *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte: Kanonistische Abteilung*, 109. Jg., S. 455-461.
- Hollerbach, Alexander (1982), *Zu Leben und Werk Erik Wolfs: Gedenkrede vom 10. Juni 1978*, in: Erik Wolf (Hg.), *Studien zur Geschichte des Rechtsdenkens*, Frankfurt am Main, S. 235-271.
- Hollerbach, Alexander (1989), *Wissenschaft und Politik: Streiflichter zu Leben und Werk Franz Böhms (1895-1977)*, in: Dieter Schwab (Hg.), *Staat, Kirche, Wissenschaft in einer pluralistischen Gesellschaft: Festschrift zum 65. Geburtstag von Paul Mikat*, Berlin, S. 283-299.
- Holthaus, Stephan (2015), *Zwischen Gewissen und Gewinn: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der „Freiburger Denkschrift“ und die Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft*, Münster.
- Hüffmeier, Heinrich (Hg.) (1947), *Die Bedeutung der christlichen Botschaft für die Wirtschaftsordnung*, Berlin.
- Iannaccone, Laurence R. (1990), *Religious Practice: A Human Capital Approach*, *Journal for the Scientific Study of Religion*, Vol. 29, S. 297-314.
- Iannaccone, Laurence R. (1998), *Introduction to the Economics of Religion*, *Journal of Economic Literature*, Vol. 36, S. 1465-1496.
- In der Stunde Null, *Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten der Zeit 1979*, Tübingen.
- Jähnichen, Traugott (1994), *Protestantische Impulse für das Konzept ‚Soziale Marktwirtschaft‘: Einführung*, in: Günter Brakelmann und Traugott Jähnichen (Hg.), *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft*, Gütersloh, S. 305-315.

- Janssen, Hauke (2012), Nationalökonomie und Nationalsozialismus: Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, 4. Auflage, Marburg.
- John, Eckhard (Hg.) (1991), Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus, Freiburg.
- Kirsch, Guy (1999), Die politikwissenschaftliche Dimension der Institutionalisierung wirtschaftlicher Prozesse, in: Wilhelm Korff, (Hg.), Ethik wirtschaftlicher Ordnungen, Handbuch der Wirtschaftsethik, Bd. 2, Gütersloh, S. 186-216.
- Klinckowstroem, Wendula Gräfin von (2000), Walter Eucken: Eine biographische Skizze, in: Lüder Gerken (Hg.), Walter Eucken und sein Werk: Rückblick auf den Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, Tübingen, S. 53-115.
- Lachmann, Werner (2006), Wirtschaft und Ethik: Maßstäbe wirtschaftlichen Handelns aus biblischer und ökonomischer Sicht, Münster.
- Lachmann, Werner (2009), Soziale Marktwirtschaft und christliches Menschenbild, Wirtschaft und Ethik: Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik, 20. Jg., S. 1-10.
- Lachmann, Werner (2013), Religion, Wirtschaft, Wirtschaftsethik: Ein Überblick, Zeitschrift für Marktwirtschaft und Ethik, 1. Jg., S. 3-29.
- Lampe, Adolf (1949), Gefallene Wirtschaft, Frankfurt.
- Manow, Philip (2010), Die soziale Marktwirtschaft als interkonfessioneller Kompromiss? Ein Re-Statement, Ethik und Gesellschaft, Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik, 4. Jg., S. 1-22.
- Matthiesen, Michael (1993), Gerhard Ritter: Studien zu Leben und Werk bis 1933, 2 Bde., Egelsbach.
- Maurer, Andrea und Michael Schmidt (Hg.) (2002), Neuer Institutionalismus: Soziologische Beiträge zur Erklärung von Organisation, Moral und Vertrauen, Frankfurt.
- Müller, Eckart (1997), Evangelische Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft: Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und die Möglichkeiten ihrer Rezeption durch eine evangelische Wirtschaftsethik, Neukirchen-Vluyn.
- Müller-Armack, Alfred (1990), Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, München.
- Nutzinger, Hans G. und Eckart Müller (1997), Die protestantischen Wurzeln des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in: Sylke Behrends (Hg.), Ordnungskonforme Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft: Festschrift für Prof. Dr. Hans-Rudolf Peters zum 65. Geburtstag, Berlin, S. 27-64.
- Nutzinger, Hans G. (2007), Die Wirtschaft in der Bibel: Kommentar zu dem Beitrag von Helge Peukert, in: Harald Hagemann (Hg.), Studien zur Entwicklung der Ökonomischen Theorie XXI: Ökonomie und Religion, Berlin, S. 63-77.
- Oslington, Paul (2003), Economics and Religion, Vol. 2, Cheltenham.
- Reich, Ines (1997), Carl Friedrich Goerdeler: Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat, Köln.
- Richter, Rudolf und Eirik Grundtvig Furubotn (1999), Neue Institutionenökonomik, 2. Auflage Tübingen.
- Ritter, Gerhard (1964), Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München.
- Ritter, Gerhard (1979), „Vorwort“, In der Stunde Null: Die Denkschrift des Freiburger ‚Bonhoeffer-Kreises‘: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit, Tübingen, S. 26-30.
- Roser, Traugott (1998), Protestantismus und Soziale Marktwirtschaft: Eine Studie am Beispiel Franz Böhms, Münster.
- Rüstow, Alexander (1957), Ortsbestimmung der Gegenwart: Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, Bd. 3: Herrschaft oder Freiheit?, Erlenbach-Zürich.
- Rüther, Daniela (2002), Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft: Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, Paderborn.
- Schulin, Ernst (1990), Einleitung, in: Dagmar Rübsam und Hans Schadek (Hg.), Der „Freiburger Kreis“: Widerstand und Nachkriegsplanung 1933-1945. Katalog einer Ausstellung. Freiburg: Stadtarchiv, S. 7-16.
- Schulz, Wilfried (1996), Adolf Lampe und seine Bedeutung für die „Freiburger Kreise“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Jürgen Schneider, Wolfgang Harbrecht (Hg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart, S. 219-250.

- Schwabe, Klaus und Rolf Reichardt (Hg.) (1984), Gerhard Ritter: Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard.
- Simojoki, Henrik (2008), Evangelische Erziehungsverantwortung: Eine religionspädagogische Untersuchung zum Werk Friedrich Delekats (1892-1970), Tübingen.
- Starbatty, Joachim (1986), Die soziale Marktwirtschaft aus historisch-theoretischer Sicht, Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 45, S. 7-26.
- Stupperich, Robert (1989), Otto Dibelius: Ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten, Göttingen.
- Thielicke, Helmut (1935), Geschichte und Existenz: Grundlegung einer evangelischen Geschichtstheologie, Gütersloh.
- Thielicke, Helmut (1979), „Zur Einführung: Nach fast vier Jahrzehnten“, In der Stunde Null: Die Denkschrift des Freiburger ‚Bonhoeffer-Kreises‘: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit, Tübingen, S. 5-23.
- Thielicke, Helmut (1984), Zu Gast auf einem schönen Stern: Erinnerungen, Hamburg.
- Ulrich, Peter (2009), Marktwirtschaft in der Bürgergesellschaft: Die Soziale Marktwirtschaft vor der nachholenden gesellschaftspolitischen Modernisierung, in: Michael S. Aßländer und Peter Ulrich (Hg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft: Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel, Bern.
- Vogel, Sabine (2006), Soziale Marktwirtschaft: Solidarität und Subsidiarität im Widerstreit?, in: Karl Farmer und Wolfgang Harbrecht (Hg.), Theorie der Wirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und Wirtschaftsethik: Festschrift für Werner Lachmann zum 65. Geburtstag, Wien, S. 213-224.
- Wolf, Erik (1951), Die menschliche Rechtsordnung, in: Alan Richardson und Wolfgang Al Schweitzer (Hg.), Die Autorität der Bibel heute, Zürich, S. 317-336.